

Wirtschaftswandel gefordert: KABÖ kämpft für klimagerechte Arbeitsplätze!

Die KABÖ fordert einen Wandel zur klimagerechten Wirtschaft und nötige Maßnahmen zur Unterstützung arbeitsloser Menschen.



Wien, Österreich - Die „Katholische Arbeitnehmer:innen-Bewegung Österreich“ (KABÖ) fordert angesichts der Welle von Unternehmensschließungen und steigender Arbeitslosigkeit eine dringende Wende in der heimischen Wirtschaft. In einer Stellungnahme am 13. Dezember 2024 in Wien wurde betont, dass die momentan vorherrschende auf fossilen Brennstoffen basierende Industrieproduktion überdacht werden müsse. Anstelle dessen solle eine menschen- und klimagerechte Wirtschaftsweise angestrebt werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird, berichtete **kathpress.at**. Die KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser und der Seelsorger Karl Immervoll wiesen darauf hin, dass eine gerechte Verteilung und Besteuerung der Gewinne notwendig

sei, um die anfallenden Transformationskosten zu decken. Zudem forderten sie sozialpolitische Maßnahmen, um den von Arbeitslosigkeit Betroffenen schnell zu helfen.

Die KABÖ stellte zudem fest, dass ein erhöhter Druck auf Arbeitslose herrscht, insbesondere für Menschen in Niedriglohnsektoren, die bei einer Arbeitslosigkeit in eine prekäre finanzielle Situation geraten. Wall-Strasser erläuterte, dass ein Arbeitslosengeld mit einer Nettoersatzrate von 55 Prozent für die Betroffenen einen erheblichen finanziellen Verlust darstellt und führte weiter aus, dass die gesellschaftlichen Umstände viele dazu zwingen würden, ihren Arbeitsplatz oder Beruf zu wechseln, was mit großen persönlichen Herausforderungen verbunden sei. Das müsse durch rasche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und eventuell durch die Gründung von Stiftungen für Arbeitslose abgefedert werden. Die KABÖ erachtete außerdem die Idee, der bestehende Arbeitnehmermangel könnte viele Arbeitslose aufnehmen, als illusorisch und rief zu Bildungs- und Umschulungsinitiativen auf.

Unvereinbarkeit von christlichen und rechtsextremen Positionen

Zusätzlich hat die KABÖ die Notwendigkeit betont, christliche und rechtsextreme Positionen zu hinterfragen. Anna Wall-Strasser erklärte, dass die Fragen von Volk, Solidarität und Menschenrechten fundamental unterschiedlichen Sichtweisen unterliegen, was auch Flucht und Migration betrifft. Im Rahmen ihrer Initiative „Aufruf für Demokratie und eine offene Gesellschaft“ stellte die KABÖ Materialien für Religionspädagog:innen bereit, die auf die Unvereinbarkeit von völkischem Nationalismus und Christentum hinweisen, wie [kaoe.at](https://www.kaoe.at) berichtete. Wall-Strasser und Immervoll kritisierten die Forderung nach einer „Meldestelle für politisierende Lehrer:innen“ und bezeichneten diese als pauschale Verdächtigung.

Details	
Vorfall	Arbeitsmarkt
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kathpress.at • www.kaoe.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at